

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B/XXIV/88

Bonn, den 9. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1b Probleme erkannt und angesprochen 115

Betrachtungen zum Bericht des Wehrbeauftragten

Von Werner Buchstaller, MdB

2 - 3 Zäsur in Rheinland-Pfalz 88

Zum Rücktritt von Ministerpräsident Dr. Peter Altmeier

4 - 5 Soziale Konflikte in Jugoslawien 60

Tito muß vorsichtig sein

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Probleme erkannt und angesprochen

Betrachtungen zum Bericht des Wehrbeauftragten

Von Werner Buchstaller, MdB

Herr Hoogen war gut beraten, als er das zehnjährige Bestehen der Institution des Wehrbeauftragten zum Anlaß nahm, im Jahresbericht 1968 nicht nur die Arbeit des Wehrbeauftragten, sondern auch seinen Auftrag und seine grundsätzlichen Aufgaben ausführlich darzustellen. Dabei machte er seine Doppelaufgabe, die er einerseits als Kontrollorgan des Parlaments und andererseits als Sachwalter der Streitkräfte wahrzunehmen hat, deutlich. Wer nach diesen Darlegungen im Wehrbeauftragten immer noch eine Art Sonderaufpasser für die Bundeswehr sieht, hat entweder den Bericht nicht gelesen oder urteilt bewußt falsch und böseartig.

Dies eindeutig festzustellen, geben einige bekannt gewordene unqualifizierte Äußerungen besondere Veranlassung. Tatsächlich hat der Wehrbeauftragte den größten Teil seiner Arbeit und seines Berichts den Sorgen und Nöten der Soldaten und der Bundeswehr im allgemeinen gewidmet. Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Truppenpraxis haben in den kritischen Betrachtungen und den Anregungen des Wehrbeauftragten ihren Niederschlag gefunden. Dabei hat er permanente und aktuelle Probleme der Bundeswehr in erfreulicher Offenheit und gebotener Dringlichkeit angesprochen.

Fragen der Inneren Führung

Der Wehrbeauftragte läßt keinen Zweifel daran, daß sich die Menschenführung in der Bundeswehr und das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen am politischen Willen des Gesetzgebers, der bewußt die Integration der bewaffneten Macht in unsere Gesellschaft und staatsrechtliche Ordnung und die Geltung der Wertordnung des Grundgesetzes auch in der Bundeswehr will, orientieren muß. Mit dem "Staatsbürger in Uniform" hat das Parlament in verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Form ein politisches Leitbild für den Soldaten unserer Streitkräfte geschaffen, das auch für die militärische Führung verbindlich ist. Alle Tendenzen, Bestrebungen und Bemühungen, die Eingliederung der Soldaten in Staat und Gesellschaft zu erschweren oder gar zurückzudrängen, müssen als Verstöße gegen die Grundsätze der Inneren

Führung gewertet werden.

Wenn man diese Feststellung in Beziehung setzt zu den unerfreulichen Äußerungen der letzten Zeit, so muß man deutlich sagen, daß der Gesetzgeber für seine politischen Entscheidungen den militärischen Führungsstellen Respektierung abverlangt. Das hat nichts mit einem Maulkorb für Generäle zu tun. Aber gerade für sie müßte es doch selbstverständlich sein, daß für den Fall einer vermeintlichen oder auch tatsächlichen Notwendigkeit zur Korrektur von Gesetzen und Grundsatzentscheidungen das Parlament und nicht eine Militärakademie oder eine Zeitungsredaktion die richtige und zuständige Adresse ist. Darum geht es und das hat nicht das geringste mit der unterstellten Absicht zu tun, die Grundsätze der Inneren Führung in der Bundeswehr zu einer Art untastbarer "Heiliger Kuh" erheben zu wollen. Auch der Wehrbeauftragte unterstreicht die Notwendigkeit einer sachgerechten Ausgestaltung und Weiterentwicklung dieser Grundsätze. Dazu gehört auch, daß sie systematisch, schlüssig und praxisbezogen dargestellt und für den militärischen Alltag verbindlich gemacht werden müssen. In diesem Zusammenhang muß bedauert werden, daß die Überarbeitung und Neuauflage des Handbuches Innere Führung immer noch auf sich warten läßt.

Soldat und Technik

Auch die dominierende Rolle der Technik in den modernen Armeen wirft in den Streitkräften Führungsprobleme auf. Zwar bleiben im militärischen Bereich Befehl und Gehorsam unabdingbare Grundlagen, aber zugleich zwingt die Technik immer mehr zu einem Partnerschaftsverhältnis. Dem Untergebenen werden neben Gehorsam auch Sachverstand, Eigeninitiative und persönliches Engagement abverlangt. Für den so geforderten Soldaten kommt der Vorgesetzte mit der nur auf dem Dienstgrad und der Dienststellung beruhenden Amtsautorität nicht mehr aus. Sie muß durch die funktionale Autorität, die im Fachwissen und dem praktischen Können begründet liegt, ergänzt werden. Vor allem in den volltechnisierten Einheiten und Waffengattungen wird der militärische Führungsstil immer mehr Führungs- und Lenkungsverfahren aus dem Bereich des modernen Managements übernehmen müssen.

Aus dieser Entwicklung müssen umgehend und umfassend nicht nur Konsequenzen für die Führungsstruktur, sondern auch für das gesamte Personal- und Bewertungswesen gezogen werden. Der Allround-Soldat und mili-

tärische Vorgesetzte mit unerschöpflicher Verwendungsbreite ist in unserer Zeit nicht mehr möglich. Auch das Heer wird sich damit abfinden müssen, daß wir mit der derzeitigen Dienstgradbewertung und Besoldung den im technischen Bereich zu fordernden Leistungsmaximen nicht gerecht werden können. Wer, außerhalb der Bundeswehr, könnte es sich noch leisten, einen Elektroingenieur als Schreibstuben-Hilfskraft zu beschäftigen oder einen hochqualifizierten Klarinettenisten, der sein zehensemestriges Hochschulstudium mit "sehr gut" abgeschlossen hat, um sich dann für drei Jahre zur Militärmusik zu verpflichten, auf einen Unteroffizierslehrgang zu schicken, wo man von ihm alles nur Erdenkliche verlangte, nur nicht, daß er Musik machen konnte.

Neben den militärischen Führern und Unterführern brauchen wir Spezialisten auf allen Gebieten. Ohne Speziallaufbahn ist dieses Problem nicht zu lösen. Die neugeschaffene Laufbahn des Fachoffiziers ist dabei ein bescheidender Anfang, von dem man noch nicht einmal weiß, ob die Absicht des Ministeriums in die richtige Richtung führt. Gleichzeitig mit der Einführung von Speziallaufbahnen muß das Niveau der technischen Schulen und Akademien der Bundeswehr gehoben und ihre Kapazität wesentlich erweitert werden. Nur durch solche Maßnahmen in Ergänzung der allgemeinen Struktur- und Besoldungsverbesserungen wird es möglich sein, das verhängnisvolle Fehl an längerdienenden Zeitsoldaten zu beheben.

Dieses Problem muß nicht nur wegen der gefährdeten Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte, sondern auch im Hinblick auf die Forderung nach Wehrgerechtigkeit gelöst werden. Zu diesem Thema läßt der Wehrbeauftragte keine Zweifel daran, daß die derzeit praktizierte "Auswahlwehrpflicht" unerträglich ist und dem Verfassungsauftrag zur Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht entspricht. Wenn man ernsthaft nach Wegen und Möglichkeiten sucht, und sie zu suchen und zu finden ist dringend geboten, dürfen dem nicht Tabus, wie die Unabdingbarkeit einer achtzehnmonatigen Wehrpflicht, entgegengestellt werden. Ohne Zweifel muß gerade dieser Punkt im Verfolg der hier angesprochenen Materie mit zur Erörterung gestellt werden. Unabhängig davon, zu welchen Entscheidungen man in der Sache kommen wird, ist jetzt schon sicher, daß es nicht möglich sein wird, alle tauglich gemusterten Wehrpflichtigen zum Wehrdienst, bzw. die anerkannten Wehrdienstverweigerer zum Ersatzdienst, heranzuziehen, wenn dafür nicht die personellen Voraussetzungen geschaffen sind. Es hat keinen Sinn, Wehrpflichtige zur Dienstleistung heranzuziehen, wenn ihre Ausbildung und ihr zweckmäßiger Einsatz wegen fehlender militärischer Führer und Spezialisten nicht gewährleistet ist. Wenn man sich vor Augen hält, daß ein solcher Zustand auf Dauer die Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte infrage stellt und eine permanente Wehrgerechtigkeit die Verteidigungsbereitschaft schlechthin untergräbt, kann man sich wohl kaum länger der Notwendigkeit einer grundlegenden Umstrukturierung des Personalwesens in der Bundeswehr verschließen.

+ + -

Zäsur in Rheinland-Pfalz

Zum Rücktritt von Ministerpräsident Dr. Peter Altmeier

K.H.N. - Reichlich zwei Jahrzehnte lang hat Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern die Rolle des Eremiten gespielt. Der selbstgewählte, idyllische Name "Land der Reben und der Wälder" war ihm zugleich Programm. Fern der politischen Aktualität lebte es von den Früchten des Feldes und den milder Gaben der Nachbarn.

Diese zweiundzwanzig Jahre waren die Ära des Dr. Peter Altmeier. In ihnen bestellte der mittlerweile dienstälteste Ministerpräsident der Bundesrepublik seinen CDU-Erbhof mit einer Mischung aus Erhardischem Laissez-faire und Adenauerschem Beharrungsvermögen. Wahlniederlagen blieben ihm so erspart. Ob bewußt oder unbewußt, er profitierte von der statistischen Wahrscheinlichkeit, daß die Zahl der CDU-Wähler im umgekehrten Verhältnis zur Schulbildung der Bevölkerung und zur Industrialisierung des Landes stehen würde.

Daß diese Politik seinem Land den Ruf eines Armenhauses der Bundesrepublik eintrug, scheint Peter Altmeier nie gestört zu haben. Seiner Mentalität entsprach es durchaus, dem Armen nicht wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ehrgeiz einzuflößen, sondern Ergebung und geduldiges Sichabfinden. So gelang es ihm, dem Erzkonservativen, Rheinland-Pfalz gleichsam auf einer frühen Entwicklungsstufe einzufrieren, es im Wortsinn zu konservieren.

Die Folge war, daß Rheinland-Pfalz sich von der übrigen Bundesrepublik entfernte. Obwohl das Land bemerkenswert zentral liegt, in voller Länge an der begehrten Wasserstraße Rhein und nur wenige Minuten von der Bundeshauptstadt entfernt, wurde es doch zunehmend in eine andere zeitliche Dimension entrückt und geriet dadurch in einen Abstand, der die Landkarte Lügen strafte. Im Bewußtsein seiner Bürger liegt Rheinland-Pfalz eben nicht im Herzen der Bundesrepublik, sondern irgendwo an deren Peripherie.

Bei dieser Sachlage sah sich die SPD-Opposition des Landes viele Jahre lang in die Rolle des Mannes versetzt, der einen Ochsen ins Horn kneift. Erst die allmählich einsetzende Regeneration der Landes-CDU, verkörpert durch den heute 39jährigen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Kohl, machte eine fortschreitende Normalisierung der Verhältnisse möglich. Sie war allerdings, da der Ministerpräsident an seinem Amt festhielt, nur auf dem Umweg über einen relativ unnormalen Zustand zu erreichen: Angesichts einer weitgehend inaktiven Regierung übernahm das Landesparlament die Rolle der treibenden Kraft. Es erzwang beispielsweise die wohl am weitesten fortgeschrittene Verwaltungsreform der Bundesrepublik, obwohl nach allen geltenden Regeln solche Reformen von der Verwaltung

verantwortet werden müßten und nicht von Abgeordneten, deren legitimer Anspruch es ist, auch an die eigene Wiederwahl zu denken.

Hier soll nun eine Wende eintreten. Für den 18. Mai, den 22-Jahrestag der rheinland-pfälzischen Verfassung, hat Peter Altmeier seinen Rücktritt angekündigt. Schon am nächsten Tag wird, aller Voraussicht nach, Dr. Kohl zu seinem Nachfolger gewählt. Die in diesem Zusammenhang gern gebrauchten Worte Machtwechsel und Wachablösung erweisen sich allerdings bei näherem Hinsehen als allzu unscharf. Denn die "Macht" hatte der Doktor Kohl doch wohl schon vorher, der Amtswechsel legitimiert, mit mancher Eheschließung vergleichbar, lediglich einen bereits bestehenden Zustand. Und eine Wachablösung setzt Gleichartigkeit voraus: Ein feststehender Posten wird durch einen anderen, nicht weniger ortsgebundenen ersetzt. Im Falle Altmeier - Kohl trifft aber überaus Ungleichartiges aufeinander. Statische Energie wird durch kinetische abgelöst.

Auch darin stimmt der Vergleich aus der Physik, daß bei solchen Vorgängen Energieverluste auftreten. Es gibt viele Geschichten darüber, wie mehr oder weniger stark der Druck war, der den "Schwarzen Peter" schließlich dazu brachte, auf das Amt des Ministerpräsidenten zu verzichten, mit dem er sich so völlig identifizierte. Es gibt auch manches Anzeichen dafür, daß dieser Druck Gegendruck erzeugte.

Das vorläufig letzte Vorkommnis dieser Art wird aus Koblenz berichtet. Dort standen vor dem Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz die Klagen verschiedener Gemeinden gegen ihre "Zwangseingemeindung" an. Den Standpunkt der Gemeinden begründete neben anderen CDU-MdB Professor Süsterhenn, früherer rheinland-pfälzischer Justizminister und auch in dieser Angelegenheit kein Freund Helmut Kohls.

Dieser Verwaltungsreformer Dr. Kohl habe, so führte Professor Süsterhenn aus, mehrfach vor Zeugen erklärt, daß es keine sachlichen Gründe für die Eingemeindung von Kapellen-Stolzenfels nach Koblenz gebe. Diese Eingemeindung, so habe Kohl gesagt, müsse vielmehr unter dem Gesichtspunkt besserer Wahlchancen für die Koblenzer CDU vorgenommen werden.

Als Zeugen, dessen Einverständnis ihm ja wohl vorgelegen haben muß, benannte Professor Süsterhenn den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Dr. Peter Altmeier. So dürfte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Zweibrückens Oberbürgermeister Oskar Munzinger, nicht nur Sozialdemokraten aus dem Herzen gesprochen haben, als er dieser Tage nach seiner Meinung über den scheidenden Ministerpräsidenten gefragt wurde.

"Dr. Altmeier?" sagte er. "Ach, wissen Sie, er geht..."

Soziale Konflikte in Jugoslawien

Tito muß vorsichtig sein

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Jugoslawien ist ein außergewöhnliches kommunistisches Land: Hier wächst die Zahl der Analphabeten und Arbeitslosen genauso schnell wie die Zahl der privaten Autobesitzer und jener gutsituierten Bürger, die sich sogar eine Auslandsreise erlauben können - rund 3,5 Millionen in einer einzigen Saison.

Diese Zahl entspricht fast genau der Zahl der ständig Beschäftigten, die seit fünf Jahren stagniert, aber weitere 5,6 Millionen Jugoslawen leben auf 2,6 Millionen Privatparzellen, die im Durchschnitt vier ha groß und steinig sind. Nur jede zwanzigste dieser Bauernfamilien verfügt über einen Traktor; rund eine Million Menschen sind auch hier zuviel. Das Netto-Einkommen eines solchen privaten Kleinlandwirts beläuft sich auf monatlich und umgerechnet 40 DM - den Gegenwert von ein Paar Schuhen.

In diesem Land, das 56 Prozent seiner Haushaltsmittel für die "Nationale Volksarmee" abzweigt, können 18 Prozent der Rekruten zunächst weder lesen noch schreiben; 1,45 Millionen Arbeiter und Angestellte, 82 Prozent der jugoslawischen Gesamtbevölkerung, verfügen über keine abgeschlossene Volksschulbildung, und von den Studenten stammen nur 12 Prozent aus einer Arbeiter- und zwei Prozent aus einer Bauernfamilie.

Die sozialen Diskrepanzen, die wir hier kurz angedeutet haben, kamen anlässlich der Maifeiertage, die in Jugoslawien eine halbe Woche andauerten, deutlich zum Ausdruck: Während die breiten Massen auf den heißen Dächern der jugoslawischen Hauptstadt das trieben, was man die wenig ironisch den jugoslawischen einheimischen Tourismus nennt, strebten 150.000 Belgrader in ihren Autos, von denen keiner weiß, wie sie unter den hiesigen Umständen finanziert werden konnten, in die grüne Umgebung oder gar ins Ausland. Und statt revolutionärer Maichöre übertrug Radio Belgrad eine Propagandasendung für die jugoslawischen Benzin- und Abschmiermittel.

Doch dieser Teil der Gesellschaft, die Konsumgesellschaft, führt

sich unsicher, denn vor allem unter den Studenten macht sich nach einem Jahr relativer Ruhe neue Unruhe bemerkbar, sieht man ganz von den Streiks der Arbeiter ab, die im Stahlwerk von Jesenice stattfanden und von der Miliz mit Gewalt unterdrückt worden sind.

Unter dem Einfluß dieses wachsenden Drucks von innen, der an die Situation in Frankreich vor einem Jahr erinnert, hielt Marschall Tito, der sich auf einer Tournee durch Jugoslawien befindet, eine Rede, die in verschiedener Hinsicht bemerkenswert war, vor allem in ihrem außenpolitischen Teil. Während Tito vor den Arbeitern jener Werft, die seinen Namen trägt, auf der einen Seite mit Unlust die scharfe Kritik erwähnte, die vor allem die Polen und Sowjets gegen die jugoslawischen Kommunisten richten, verzichtete er auf der anderen Seite auf jede Kritik an den Polemikern in Moskau, Warschau und den anderen osteuropäischen Hauptstädten. Wörtlich erklärte er den Arbeitern, er könne ihnen sehr viel über den wirklichen Stand der Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad sagen, aber für ihn und Jugoslawien sei es besser, ganz einfach zu schweigen.

Was Tito seinen Arbeitern klugerweise verschwiegen, ist den Belgrader Beobachtern, die nicht so große Rücksichten nehmen müssen, längst bekannt - die sowjetische Diplomatie, die in der jugoslawischen Hauptstadt sehr zahlreich vertreten ist, hat zwar auf alle Versuche verzichtet, Jugoslawien durch Druck von außen von der Titoschen Linie abzubringen, aber sie versucht, die erwähnten sozialen Diskrepanzen auszunutzen, um vor allem die linksradikalen Studenten, die einen neuen Aufstand planen, in ihre Dienste einzuspannen. Daß diese Kombination zwischen linksadventuristischen Radikalen und sowjetischen Interessen für Tito außerordentlich gefährlich ist, versteht sich von selbst und wird von Tito umso besser verstanden, als er gerade eben mit dem Scheitern eines anderen alten Mannes der europäischen Politik, nämlich de Gaulle, konfrontiert worden ist.